



## **Caren Marks MdB**

Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion  
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Wahlkreis Hannover-Land I

Berlin, den 10.09.2013  
(ps)

### **1. Zum Thema Leiharbeit und Werkverträge:**

Die Zahl der Leiharbeitsbeschäftigten hat sich verdreifacht. Ziel vieler Unternehmen war und ist, Tarifverträge zu umgehen und die Löhne zu drücken. Das ist für uns nicht hinnehmbar. Deshalb fordert die SPD seit langem, dass der Grundsatz des equal pay und equal treatment endlich gesetzlich durchgesetzt werden muss. Außerdem wollen wir das Synchronisationsverbot wieder einführen, die konzerninterne Verleihung untersagen und die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte in den Einsatzbetrieben deutlich ausbauen. Die SPD hat außerdem durchgesetzt, dass es mittlerweile einen Mindestlohn für die Branche der Leiharbeit gibt. Diese ersten Regulierungsversuche führen mittlerweile dazu, dass über dubiose Werkvertragskonstruktionen neue Wege des Lohndumpings gesucht werden. Wir brauchen eine klarere rechtliche Regelung, was ein echter Werkvertrag ist und was illegale Leiharbeit. Und wir müssen den Betriebsräten ein echtes Mitbestimmungsrecht geben. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu bereits einen detaillierten Antrag im Bundestag eingebracht. Zum Beispiel werden wir Werkvertragsbeschäftigung in die Aufzählung der mitbestimmungspflichtigen Angelegenheiten in § 87 Betriebsverfassungsgesetz aufnehmen.

### **2. Zum Thema Gesetzlicher Mindestlohn**

Die SPD fordert seit langem einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, wie es auch der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern. Dieser Mindestlohn muss flächendeckend und in allen Branchen gelten. Der gesetzliche Mindestlohn ist Bestandteil des kürzlich vorgestellten 100-Tage-Programms von Peer Steinbrück und soll spätestens am 1. Februar 2014 im Gesetzblatt stehen.

### **3. Zum Thema Übergänge in den Ruhestand**

Die Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist faktisch eine Rentenkürzung für viele Beschäftigte, wenn nicht gleichzeitig mehr Menschen die Chance auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bekommen. Deshalb werden wir die Rente 67 aussetzen, wenn im nächsten Jahr nicht mindestens 50% der Menschen über 60 Jahre sozial versichert beschäftigt sind. Derzeit sind es nur 29,8%. Wir wollen das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente stabil auf dem heutigen Niveau halten und nicht weiter absinken lassen. Dazu ist es notwendig, den Beitragssatz moderat ansteigen zu lassen, wie es auch der DGB vorgeschlagen hat. Außerdem setzen wir uns für flexible Teilrentenmodelle oder vergleichbare tarifliche Lösungen ein.

### **4. Zum Thema Ausbildung**

Internationale Vergleiche zeigen, dass gerade in Deutschland eine hohe Abhängigkeit des Bildungserfolgs der Kinder von Herkunft, Geld und Bildung der Eltern besteht. Das ist nicht hinnehmbar. Chancengerechtigkeit beginnt bei den Kleinsten. Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung von Anfang an, deshalb brauchen wir gute und verlässliche Bildungs- und Betreuungsangebote und auch mehr Ganztagsangebote.

Bildung und Ausbildung muss kostenlos sein, vom Kindergarten bis zur Uni. Wir brauchen eine Stärkung der dualen Ausbildung. Kurzzeit-Ausbildungsgänge müssen zugunsten der

drei- oder dreieinhalb jährigen Ausbildungsgänge zurückgedrängt werden. Wir müssen denen eine zweite Chance geben, die ohne Abschluss sind, derzeit immerhin rund 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 35 Jahre. Jeder Jugendliche hat ein Recht auf eine Ausbildung, davon ist die SPD überzeugt. Mit einer Berufsausbildungsgarantie und branchenbezogenen Ausbildungsfonds kann dieses Recht gesichert werden. Für alle ohne einen Schul- oder Berufsabschluss sind, brauchen wir ein Sofortprogramm „2. Chance“ mit passgenauen Instrumenten, die auf die Lebenswirklichkeit der jungen Menschen zugeschnitten sind. Und wir brauchen eine stärkere Durchlässigkeit des Bildungssystems. Mittlerweile ist mit dem Deutschen Qualifikationsrahmen zwar die dringend notwendige Gleichstellung beruflicher und akademischer Abschlüsse (Meister/Bachelor) erfolgt. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und notwendiger Innovationen zur Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung ist dies genau richtig. Jetzt braucht es aber auch die notwendigen Angebote an den Hochschulen, damit ein Meister auch wirklich ein Master-Studium aufnehmen kann.